

Flüchtlinge

Richard Jilka

Eine Folge des Weltkrieges, an dessen Zustandekommen wir guten Europäer und Deutschen nicht unbeteiligt waren, sind Heerscharen von Flüchtlingen. Mit den Flüchtlingsheeren kommt der schon jahrelang wütende Weltkrieg, der diesmal glücklicher Weise nicht bei uns ausgekämpft wird, nach Mitteleuropa. Annähernd eine Million Flüchtlinge, angeblich hauptsächlich aus Syrien, wo die internationale Politik vollkommen versagt hat, aber auch vom Balkan, aus Persien, dem Irak oder Afghanistan und Afrika sind im laufenden Jahr allein in Deutschland zu erwarten. Wie damit umzugehen ist unklar. Wir Europäer sind, jenseits politischer Rhetorik ehrlich gesagt, ratlos. Zwar öffnete die Kanzlerin mutig medienwirksam die Tore für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien, aber weiß sie, was sie tut? Hat sie ein Konzept oder bedient sie bloß momentane Gefühle wie kürzlich mit den Waffenlieferungen samt Ausbilden an irreguläre kurdische Kämpfer? Oder meint sie mittels Flüchtlingen unsere aus demographischem Wandel hergeleiteten sozialen Probleme abzufedern? Eine jetzt fünfjährige Syrerin, mag aus ihren Eltern werden was will, wird, wenn sie ersteinmal durch unsere Schulen hindurchgeschleust wurde, in 15 Jahren, und solch Zeitraum vergeht im Handumdrehen, eine begehrte deutsche Arbeitnehmerin sein. Aber bedenkt die Kanzlerin, daß eine Nation, also eine staatlich verfaßte Gesellschaft nur nebenbei aus Arbeitnehmern und Rentenbeitragszahlern besteht, vornehmlich jedoch aus Menschen, die auch ein gewisses Maß an gemeinsamen Wertvorstellungen haben sollten, um auch in zu erwartenden Krisen eine verhältnismäßig beständige Gemeinschaft zu bleiben. Glaubt sie, unsere Kanzlerin, daß unser Schulsystem abgesehen von Kenntnissen auch genügend Gemeinsamkeiten vermitteln kann, um dauerhaft ein zivilisiertes Zusammenleben zu fördern? Ein gewisses Maß an unhinterfragter Gemeinsamkeit ist auch Voraussetzung für die Achtung der Gesetze. Auch die Verbundenheit mit einer als gemeinsam empfundenen Geschichtlichkeit sowie annähernd vergleichbares Herkommen begründen die ansonsten gerne beschworene Solidarität einer Nation, einer, wenn man den alten Begriff nicht mag, Staatsgesellschaft. Gewiß, eine staatlich zusammengefaßte Gesellschaft, eine Nation bestand & besteht immer aus vielen verschiedenen Völkerschaften oder Ethnien, aber die vereinte Vielfalt erfordert als Kitt wenigstens einige gemeinsame Nenner. Eine für ein Mindestmaß an Zusammenhalt und Solidarität notwendige verbindende Identität läßt sich nicht auf kommerzielle Beliebigkeit gründen. Für gewöhnlich unterscheidet man sich & erkennt einander im Ausland. Und tatsächlich sind auch nicht alle Einwanderer vergleichbar, die meisten

Polen etwa assimilieren sich hier in zwei Jahren bis zur Unkenntlichkeit, denn sie gehörten immer schon zu unserem Kulturkreis, Franzosen oder Engländer fallen gar nicht auf und Italiener oder Griechen gehören zum Straßenbild, Spanier und Portugiesen sind vom Urlaub her beliebt, Afrikaner zudem exotisch. Aber irgendwie gelang & gelingt, von Abertausenden von Einzelfällen abgesehen, die gesellschaftliche Integration muslimischer Populationen auch nach Generationen nur ungenügend. Wahrscheinlich sind diesbezüglich sogar Rückschritte zu verzeichnen: während vor 25 Jahren Musliminnen das Kopftuch nur noch überzogen, um bei alternden Familienangehörigen keinen Anstoß zu erregen, ihre Töchter sich vor 15 Jahren keß wie Italienerinnen kleideten, gehen zahlreiche hiesige junge Frauen nun züchtig unterm Kopftuch. Das ist ersteinmal unerhebliche Folklore, gewiß. Oder ist es Ausdruck von Protest durch Abgrenzung? In manchen Großstädten soll es Gerichtsbarkeit gemäß der Scharia geben? – Unser Wohlstand kann parallele und sogar unserer republikanisch weltlich libertär verfaßten Gesellschaft skeptisch bis feindlich gegenüberstehende Gesellschaftsgruppen oberflächlich integrieren, zumindest können sie ihm gleichgültig sein. Aber in einer ökonomisch politischen Krise ist in eng besiedelten Räumen, auch nach Generationen des Dabeiseins oder Nebenherlaufens, das Wiederaufleben kultureller Gegensätze bis hin zu Völker- & Religionshaß zu erwarten. Dafür gibt es zahllose historisch zeitgenössische Belege, man denke bloß an den heillosen Konflikt zwischen Protestanten & Katholiken in Irland. Jeder fühlt sich ja notorisch gegenüber dem etwas anderen benachteiligt. Und vollkommene Gleichbehandlung überfordert sowohl Staat wie Gesellschaft sowie jeden einzelnen Menschen. Ohnehin wäre sie nur eine Form von Unrecht. Verschiedenheit begründet Freiheit.

Ein zur Zeit beliebtes Argumentationsmuster lautet: Deutschland benötige wegen seines angeblichen Bevölkerungsrückgangs Einwanderung. Das ist auch bloß politische Rhetorik, also eine identitätsstiftende Sprachregelung unter anderen an der man einander erkennt. Trotz Geburtenrückgang leben hier seit Jahrzehnten konstant immer noch weit über 80 Millionen Menschen. Etwas weniger Leute im Land könnte angenehm werden: die Staus würden weniger, die Mieten billiger und man wäre auf dem Arbeitsmarkt begehrt, überhaupt: es wäre mehr Platz. Als geschrumpfte Nation müßten wir auch nicht mehr jährlich Exportweltmeister werden, um die Welt mit unserem Zeug zu versorgen. Und unser Sozialsystem wird nicht, wie im konservativ ökonomischen Politparadigma gebetsmühlenhaft behauptet, durch individuelle Sozialbeiträge möglichst vieler Arbeitnehmer, sondern über das Bruttoinlandsprodukt finanziert. Nicht individuelle Leistung, sondern gesellschaftliche Produktivität ermöglicht gesellschaftlichen Wohlstand. Die Kosten des Sozialstaats müssen nur dort, wo sich das Kapital ansammelt, von

der Gesellschaft für ihre Bedürfnisse ausreichend abgeschöpft werden. In diesem Sinne könnten nationale sowie übernationale Konzerne durch ordentliche Steuern auf hierzulande gemachte Gewinne zu unserem sozialen Wohlbefinden beitragen. Überhaupt sollte der Reichtum mehr mit seiner Gesellschaft teilen. Jedenfalls sind mehr Arbeiter & Angestellte unnötig, um hierzulande gut zu leben. Das bedeutet nicht, daß man Flüchtlinge nicht aufnehmen sollte. Menschen in Not beizustehen ist ein universelles moralisches Gebot. Aber Flüchtlinge, ebenso wie Menschen überhaupt, primär gemäß ihrer Brauchbarkeit für den Arbeitsmarkt oder die statistische Populationskurve ab- & einzuschätzen ist grundsätzlich falsch. Es verrät eine moralisch gefährliche Verdinglichung humaner Beziehungen. Die in die Sicherheits- & Wohlstandszonen Mitteleuropas drängenden Massen bestehen aus eigenwilligen Menschen, die sich ihre Besonderheit samt kultureller Orientierung auch von dem besten Bildungssystem nicht werden nehmen lassen. Und wenn Millionen von Menschen aus fernen Kulturkreisen hier seßhaft werden sollten, wird Mitteleuropa konservativer werden. Unsere grundsätzlich weltoffene Freiheitlichkeit ist uns nicht angeboren, sie ist alles andere als universal selbstverständlich, sondern späte Frucht eines langen, teils schmerzhaften gemeinsamen Werdegangs. Bezüglich Ehe, Familie, Sexualität, Geschlechterrolle, Religion, Arbeit, Leistung, Besitz denken & empfinden viele Völkerwanderer für hiesige Bürger kaum noch vorstellbar konservativ. Starke Zuwanderung würde dazu beitragen, bestehende ökonomische Verhältnisse und ihre Verteilungsmuster nicht zu verändern.

Wie dem auch sei, jedenfalls wollen nun Hunderttausende flüchtender Menschen nach Deutschland. Sie wollen nicht nach Ungarn oder Polen oder Griechenland, sondern nach Deutschland. Angeblich sind sie hier im Wohlstand willkommen. Was sie hier erwartet und wie es hier ist, wissen diese Menschen nicht. Sie haben das Gerücht gehört, hier seien sie nicht nur sicher, sondern würden auch gut untergebracht. Von einer Afrikanerin, die es bis Calais geschafft hatte, war zu hören: sie wolle unbedingt nach England, weil für ihre Leute Britannien immer schon ein Ideal war, bei ihrzulande gelte Britannien immer schon für besonders schön. Und nun hat unsere Kanzlerin erklärt, Kriegsflüchtlinge aus Syrien, seien sie von Rechtswegen asylberechtigt oder nicht, würden von Deutschland nicht abgewiesen. Das ist schön. Die Tür ging auf! Die Einladung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. – Aber wie will man Syrer von anderen Völkerwanderern unterscheiden? Mit welchem Recht die einen Flüchtlinge von den anderen unterscheiden? Überhaupt, was ist mit dem Recht? Mit den europäischen Vereinbarungen von Dublin etwa, wonach jeder Asylsuchende sich in jenem europäischen Staat, in dem er angekommen ist, registrieren und, zumindest vorerst, unterbringen lassen soll? Und sind die EU-Außengrenzen nicht mehr schützenswert?

Hat die Kanzlerin mit ihrer gewissermaßen Einladung an syrische Staatsangehörige europäische Verträge unterlaufen oder hat sie sich bloß versprochen? Oder hat sie gemeint, in einem herkömmlich ordentlichen Verfahren könne man mit wenigen Tausend syrischen Kriegsflüchtlingen, wie seinerzeit während der Balkankriege, eine Ausnahme machen? Aber bei der aktuellen Massenflucht gibt es keine herkömmlichen Verfahren. Es herrscht Chaos.

Erstaunlich ist auch, wie schwer unsere im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden Politiker es haben, aus ihren angecoachten Sprachregelungen herauszufinden, um auf eine überraschende Situation mit neuen Worten (& Gedanken) zu antworten. Da werden etwa trotz der einzigartigen Notlage neue Schulden kategorisch abgelehnt. Man redet angesichts von Flüchtlingsheeren weiterhin von „Einwanderungsland“, das qualifizierte Zuwanderung benötige, oder gefällt sich in der Rhetorik von einer ominösen „Willkommenskultur“, während eine Katastrophe im Gang ist. Die allseits geschürte Emotionalität, die Flüchtlinge mit Plüschtieren & Butterkeksen empfängt, kann unversehens, so sind nun mal Gefühle, auch in ihr Gegenteil, in Ablehnung, Haß oder Panik umschlagen. – Ein namhafter britischer Historiker meinte kürzlich, es könne nicht angehen, daß Deutschland sich wie ein „Hippiestaat“ verhalte, der sich von Emotionen leiten lasse. – Aber vielleicht erwies sich unsere Kanzlerin mit ihrer Einladung an syrische Kriegsflüchtlinge nicht als *Hippiemutti*, sondern als eine Akrobatin der Macht. Wissend, daß hierzulande alles zerredet wird und sie dennoch in einer Staatskrise entschieden handeln muß, hat uns die Kanzlerin vielleicht bloß verarscht. Sie hat Hunderttausende von Flüchtlingen eingeladen, um uns Zuschauern, um Kommunal- & Landespolitikern jedweder Partei, um Europa und der Welt nebst gutem Willen zu demonstrieren: so geht es nicht. Nach einem Wochenende offener Türen wurden die Grenzen geschlossen, auch Österreich, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, nach einem medienwirksamen Intermezzo nun auch Kroatien machen dicht. Was soll mit den an Europas Grenzen flutenden Menschenmassen nun geschehen? Es gibt kein Recht, auch mit einem Einwanderungsgesetz nicht, auf Einwanderung. Verteilen? Europäische Solidarität wird eingefordert! Aber einige Staaten weigern sich, aus teils nachvollziehbaren Gründen, denn moralische Gebote lassen sich nicht bruchlos auf staatliche Interessen oder politische Befindlichkeiten übertragen, Flüchtlinge aufzunehmen. Jedenfalls sind die Grenzen wieder dicht, das verringert die Verführungskraft Europas vorerst. Aber das Problem von Flüchtlingsheeren, die in Sicherheit & Wohlstand hineindrängen, wird bleiben. Wiewohl die aktuelle Völkerwanderung auch Symptome einer Massenhysterie trägt, gibt es übergenuß handfeste Gründe, um sich aus dem Weltbürgerkrieg, aus einem türkischen Flüchtlingslager oder dem Herrschaftsreich des Islamischen Staates oder den Elendsküsten Afrikas auf den großen

Marsch ins Ungewisse zu machen. Weltteile wurden im laufenden Jahrhundert nachhaltig politisch zerrüttet, staatliche Ordnungen zerstört, anarchisch archaisch anmutende Willkürherrschaften breiten sich aus und auch die voranschreitende Klimaveränderung wird zunehmend Menschen in die Flucht treiben. Europa wird nur einen Bruchteil aufnehmen können. Was tun?

Wir haben keine schlüssige Antwort. Offenbar wird man mit herkömmlichen politischen Orientierungsmustern nicht der Lage angemessen handeln können. Wahrscheinlich wird man Wege beschreiten müssen, die unserem edlen moralischen Selbstbild nicht entsprechen. Vielleicht bietet der neueste Einmarsch türkischer Truppen, zum Selbstschutz auf der Verfolgung kurdischer Kämpfer und IS Terroristen, sowie das Eingreifen Rußlands in Syrien, um zu vermeiden, das russische Soldaten in ihrem syrischen Mittelmeerhafen in Kämpfe mit dem IS verwickelt werden, eine Möglichkeit, den Flüchtlingsstrom aufzufangen. Die Türkei und Rußland könnten jeweils einen zig Kilometer breiten Schutzraum in Syrien erobern, dort ein Protektorat, einen Sicherheitsgürtel oder Besatzungszonen einrichten, in denen Bürgerkriegsflüchtlinge vorerst nicht mehr um ihr Leben fürchten müßten und wo sie sogar mit europäischen Mitteln versorgt werden könnten. Ähnliches internationales Zusammengehen im Bürgerkrieg in Syrien gegen die unmittelbare Not und die Barbarei wäre zwar politmoralisch bedenklich, praktisch jedoch für alle Beteiligten vorteilhaft. Aber läßt sich vernünftiges, wiewohl in mancher Hinsicht anstößiges Vorgehen von unseren politisch Handelnden einer gesinnungsethisch hochmoralisierten veröffentlichten Meinung verkaufen?

Dienstag, 15. September 2015